

Sendenhorst, den 1.10. 2009

Deutsch-Ausländischer Freundeskreis Sendenhorst  
z. Hd. Ingrid Demming  
Füchtenbusch 2  
48324 Sendenhorst

<b>Stadt Sendenhorst</b>			
Eing. - 1. Okt. 2009			
für SG:			
z.K./ Mitw. an:	Dez.	DBL. No. 2	SGV.

An den  
Rat der Stadt Sendenhorst  
z. H. Herrn Bürgermeister Berthold Streffing  
Rathaus Sendenhorst

Sehr geehrter Herr Streffing,

Wir beantragen, den folgenden Antrag auf die Tagesordnung der nächsten Ratssitzung zu nehmen.

Es wäre wichtig, wenn der Rat der Stadt Sendenhorst die unten stehende Resolution zum Wohle der Betroffenen verabschieden würde.

Resolutionen mit ähnlichem Inhalt sind von vielen Städten und Kreisen in NRW verabschiedet wurden. Dabei waren:

Stadt Beckum  
Kreis Warendorf  
Stadt Münster  
Kreis Steinfurt

Für den Deutsch-Ausländischen-Freundeskreis Sendenhorst e.V.

Ingrid Demming

## **Resolution der Stadt Sendenhorst zum Bleiberecht für langjährig hier lebende geduldete Menschen!**

**Die Altfallregelung für geduldete Flüchtlinge muss über den 31.12.2009 hinaus verlängert werden!**

- **Der Rat der Stadt Sendenhorst spricht sich gemeinsam mit den beiden großen Kirchen und deren Wohlfahrtsverbänden Diakonie und Caritas und gemeinsam mit der Bundeskonferenz der Integrations- und Ausländerbeauftragten für eine Verlängerung der Frist für die gesetzliche Altfallregelung nach § 104 a und 104 b Aufenthaltsgesetz (AufenthG) aus.**
- **Die Anforderungen an die Lebensunterhaltssicherung müssen so korrigiert werden, dass sie der wirtschaftlichen Gesamtsituation Rechnung tragen. Für ältere, kranke bzw. erwerbsunfähige Personen müssen darüber hinaus humanitäre Aspekte berücksichtigt und kurzfristige Lösungen gefunden werden.**
- **Der Rat der Stadt Sendenhorst appelliert an die Landes- und Bundesregierung sowie an alle politisch Verantwortlichen im Bundestag und im Landtag NRW sich für eine qualifizierte Verlängerung der gesetzlichen Altfallregelung einzusetzen.**

### **Begründung:**

**Die im Sommer 2007 beschlossene Bleiberechtsregelung für langjährig geduldete Flüchtlinge sollte die sogenannten "Kettenduldungen" abschaffen und den tausenden Ausländer/-innen, die seit vielen Jahren bei uns leben, eine Perspektive für einen dauerhaften Aufenthalt in Deutschland geben. Nun läuft zum 31.12. 2009 die Frist der überwiegend auf Probe erteilten Aufenthaltserlaubnisse aus. Bis dahin sollen die Antragsteller/-innen nachweisen, dass sie ihren Lebensunterhalt überwiegend eigenständig durch Erwerbsarbeit sichern können. Gelingt dieser Nachweis nicht, verlieren sie ihren Aufenthaltstatus und fallen wieder in den Status der Duldung zurück.**

**Schon seit längerem zeichnet sich ab, dass aus Gründen, die die Betroffenen nicht zu vertreten haben, die meisten der potentiell Begünstigten diese Anforderungen nicht erfüllen können. Zum einen aufgrund der hohen Einkommensgrenzen, zum anderen aufgrund der verschärften Bedingungen auf dem Arbeitsmarkt. Förder- bzw. Qualifizierungsprogramme wurden, wenn überhaupt, leider erst so spät angeboten, dass diese Hilfen nicht mehr fristgerecht greifen können. Darüber hinaus können ältere, kranke bzw. erwerbsunfähige Menschen die Anforderungen überhaupt nicht erfüllen. Für diese Personengruppe müssen humanitäre Kriterien eingefügt werden, um ihnen eine faire Chance zu bieten.**

**Auch die Ausländerbehörden dürfen bis zum Ende des Jahres nicht im Ungewissen gelassen werden. Eine Abschiebung der verbleibenden Geduldeten wird weder aus rechtlichen, noch aus humanitären Gründen möglich sein.**

**Es muss eine Lösung gefunden werden, die der Absicht der Bleiberechtsregelung gerecht wird und vielen langjährig hier lebenden Flüchtlingen eine sichere Perspektive bietet.**